

4. Konferenz Europäischer Städte und Regionen in Salzburg

Wirtschaft trifft Politik: „EU-Mieselsucht“ stoppen

Von 24. bis 26. August standen wieder einmal Europas Städte und Regionen im Mittelpunkt. Teilnehmer aus 27 EU-Staaten versuchten ihrerseits Lösungen zu aktuellen und künftigen Herausforderungen des gemeinsamen Europas aufzuzeigen und sich auszutauschen. Unter den zahlreichen Teilnehmern war auch Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer als Referent anwesend.

Die europaweite Konferenz, die vom Institut der Regionen Europas (IRE) nunmehr zum vierten Mal in Salzburg organisiert wurde, hat sich dieses Jahr mit dem Schwerpunktthema „Die wachsende wirtschaftliche Bedeutung der Regionen und Städte Europas“ auseinandergesetzt. Am 24. bis 26. August 2008 kamen rund 220 Teilnehmer aus 27 europäischen Ländern unter dem Motto „Wirtschaft trifft Politik“ im



IRE-Präsident Franz Schausberger betonte, wie wichtig es sei, der „grasierenden Mieselsucht – vor allem in Österreich“ entgegen zu wirken.

Salzburg Congress zusammen. Neben zahlreichen Referenten, Wissenschaftlern und Experten aus der Europäischen Kommission waren u.a. IRE-Präsident Franz Schausberger, EU-Kom-

missarin für Gesundheit, Androula Vassiliou, Meglena Pluhtschieva, Stellv. Ministerpräsidentin von Bulgarien, Dr. Maria Fekter, Österreichs Innenministerin, Luc Van den Brande, Präsident des Ausschusses der Regionen der EU sowie Bürgermeister bedeutender Städte und Vertreter von Regional- und Kommunalverwaltungen anwesend. Der Vorsitzende des IRE und ehemalige Landeshauptmann von Salzburg, Franz Schausberger, freut sich über die rege Teilnahme: „Das Interesse vor allem in Ost- und Südosteuropa an unserer Konferenz ist in den letzten Jahren sehr gewachsen, (...) dass wir in den großen Saal des Salzburg Congress übersiedeln mussten.“

Kommunalpolitiker als Europapolitiker

„Mit dieser Veranstaltung wollen wir einen Beitrag zur Stärkung der Regionen und Städte in Europa leisten und damit der grasierenden Mieselsucht – vor allem in Österreich – entgegenwirken“, erläuterte Schausberger. „Wir wollen aber insbesondere auch die Regional- und Kommunalpolitiker dazu motivieren, sich positiv zum gemein-

samen Europa zu bekennen und aktiv zu engagieren. Diese Politiker sind auf der bürgernächsten Ebene tätig und genießen noch ein höheres Maß an Vertrauen. Ohne ihre Mithilfe wird die EU keine breite Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger finden können.“ Die europäischen und nationalen Politiker seien, so Schausberger weiter, weitgehend auf verlorenem Posten, wenn sie nicht von den regionalen und lokalen Politikern in europapolitischen Angelegenheit unterstützt würden. „Erst wenn auch die Gemeindepolitiker überzeugte Europapolitiker

Erst wenn auch die Gemeindepolitiker überzeugte Europapolitiker sind, wird die EU die notwendige Stabilität haben.

Franz Schausberger, IRE-Präsident

sind, wird die EU die notwendige Stabilität haben“, so der IRE-Präsident.

Der Zentralisierung entgegen wirken

Diskutiert wurde auch zum Thema „Regionalisierung und Dezentralisierung in Ost- und Südosteuropa“. Die früheren kommunistischen Staaten Ost- und Südosteuropas hatten eine sehr zentralistische Struktur und haben sich seit dem Fall des Eisernen Vorhangs Schritt für Schritt in Richtung Regionalisierung und Dezentralisierung entwickelt. Das Symposium dazu gab einen Überblick über den Stand der Regionen und Kommunen in ausgewählten Ländern Ost- und Südosteuropas. „Mit Verfassungsänderungen Richtung Dezentralisierung und Regionalisierung allein ist es nicht getan, der regionalen und



Kam als Referent zum Thema „Finanzierungsmodelle für regionale und lokale Infrastruktur Projekte“: Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer, mit IRE-Chef Schausberger (links).

lokalen Selbstverwaltung müssen auch die Kompetenzen und die finanziellen Ressourcen gegeben werden“, so Schausberger zum Hintergrund des Symposiums. Wie Franz Schausberger betonte, hätten wir es in Europa mit wirtschaftlich, finanziell und politisch starken Regionen und Gemeinden zu tun. Vorausgesetzt, dass das wichtige Grundprinzip der Europäischen Union, das Subsidiaritätsprinzip, in den einzelnen Mitgliedstaaten auch umgesetzt werde und dass im Sinne der Regionalisierung und

zegowina, Moldau, Polen, Rumänien, Serbien, Slowenien und Ungarn.

Wie den Ausbau der Infrastruktur finanzieren?

Einen anderen thematischen Schwerpunkt bildeten Finanzierungsmodelle für regionale und lokale Infrastrukturprojekte, mit den Bereichen Energie, Wasser, Müll, Tourismus, Forschung und Innovation auf regionaler und kommunaler Ebene. Gemeindebund-Chef Bgm. Helmut Mödl-

hammer betonte, dass der Druck, neue Finanzierungsmodelle zu entwickeln, zunehmend steige. Die Investitionen in den sozialen Bereichen wie Kinderbetreuung,

Gesundheit und Pflege seien stark, der Ausbau der Infrastruktur (Straßenbau, Wasser) stagniere hingegen. „Der Spielraum der Gemeinden durch den aktuellen demografischen Prozess und soziale Leistungen wird immer enger“, so Mödlhammer. Lösungsansätze wären z.B. Kosteneinsparungen im Bereich Verwaltung und Behörde oder Partnerschaften mit privaten Wirtschaftsbetrieben wie Banken sowie die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden. Außerdem „müssen wir Mut haben zu sagen, dass wir nicht al-

Je zentralistischer ein Staat ist, umso schwieriger wird es für ihn, die Probleme bürgernah und effizient zu lösen, umso größer wird die Unzufriedenheit der Bürger.

...über die Zentralisierung der europäischen Regionen als aktuelle Herausforderung

Dezentralisierung die regionale und lokale Selbstverwaltung gestärkt werde. Je zentralistischer ein Staat sei, umso schwieriger würde es für ihn, die Probleme bürgernah und effizient zu lösen, umso größer würde die Unzufriedenheit der Bürger, ist Schausberger überzeugt. Fest stehe jedenfalls, dass die politische und wirtschaftliche Bedeutung der Regionen, Städte und Gemeinden in den Ländern Ost- und Südosteuropas entscheidend zunimmt. Beim Symposium aufgezeigt wurde die aktuelle Situation in Bosnien-Her-

les und jedes können, sondern uns auf kommunale Schwerpunkte konzentrieren“, so der Gemeindebund-Präsident. Es gebe aber keine Modelle zur Finanzierung, die man auf allen lokalen Ebenen anwenden könne. „Es gibt nur Anregungen oder Grundsätze, wie die angeführten Beispiele zeigen“, so Mödlhammer abschließend.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit gefragt

„Überregionale Kontakte und Kooperationen fördern den Austausch von Erfahrungen und das Lernen voneinander“, weiß der Präsident des Ausschusses der Regionen der EU, Luc Van den Brande. Städte und Regionen seien, so van den Brande, Schlüsselfiguren was Innovation, Forschung und Bildung betrifft und müssten daher eine größere Rolle in der Umsetzung der Lissabon-Strategie spielen. BM für Wissenschaft und Forschung, Johannes Hahn, erläutert: „Viele österreichische Forschungsförderprogramme sind auf die Zusammenarbeit zwischen Universitäten und anderen Forschungs-Institutionen, Ländern und Gemeinden sowie



Johannes Hahn, Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, eröffnete am 24. August die Konferenz.

Wirtschaft und Industrie gestützt.“ Auch die EU befasse sich mit diesem Thema und sei, so Hahn, auf dem richtigen Weg. „Die Politiker müssen diesem Trend auch folgen, denn nur auf diesem Weg haben wir eine Chance im internationalen Wettbewerb.“